

## Sensationell daneben

Seit Jahren wird ein Lückenschluss der seit 1945 unterbrochenen Strecke Blankenstein (Saale) – Marxgrün durch das Höllental an der thüringisch-fränkischen Grenze gefordert (EK 3/2005, S. 54). Die Holztransporte der zahlreichen hier ansässigen Firmen belasten die Region mit unzähligen Lkw-Fahrten. Der einzige noch existierende Schienenweg verläuft über die Spitzkehre Wurzbach zum Knoten Saalfeld. Rohholz aus dem Süden und Fertigprodukte dorthin müssen mit einem großem Umweg wieder über die Frankenwaldrampe gekarrt werden. Die Bemühungen der Industrie, durch den nur 6,3 km langen Lückenschluss eine schnelle und billige Schienenverbindung für das hohe Transportvolumen nach Süden zu schaffen, blieben bislang erfolglos: Der Freistaat Thüringen hat kein Interesse an diesem Lückenschluss. Thüringens Ministerpräsident Althaus (CDU) höchstpersönlich soll das „Nein“ einem Bundestagsabgeordneten auf Anfrage mitgeteilt haben, berichteten die Medien.

Der Fall „Höllental“ ist angesichts steigender Energiepreise und ungebremsen Verkehrszuwachses ein weiteres Indiz für die hierzulande seit Jahren fehlende Debatte über die künftige Rolle der Eisenbahn. Seit genau zehn Jahren wird übrigens der Bundesverkehrsminister von der SPD gestellt. Fast hat man Probleme, die Namen aller Minister aufzuzählen. Bewirkt haben sie alle wenig. Zur Bilanz gehören stattdessen die Förderung teurer Prestigeobjekte, die Duldung des schrittweisen Rückzugs des Fernverkehrs aus ganzen Regionen und das Schrumpfen der DB-Infrastruktur. Von der in der deutschen Eisenbahngeschichte beispiellosen Verschrottung noch brauchbarer und mit Steuermillionen beschaffter Loks im großen Stil ganz zu schweigen.

Die Ablehnung Thüringens zum Lückenschluss durch das Höllental verwundert nicht. In Erfurt hat man ganz andere Sorgen. Etwa, dass die ICE-Trasse durch den Thüringer Wald fertig gebaut wird oder ob man weitere Fluglinien zum Aufpäppeln des kränkelnden Flugplatzes der Landeshauptstadt bezuschussen sollte. Dass die Länder angesichts des DB-Börsenganges mehr Mitspracherechte bei der Infrastruktur fordern, ist verständlich. Ob sie dabei auch das Gemeinwohl im Sinn haben oder die Zeichen der Zeit erkannt haben, erscheint zumindest in Thüringen fraglich. **Thomas Frister**